



Wenn sie einmal ausgeliefert sind, sind die Bundeswehr-Funkgeräte wohl so veraltet wie dieses BC-611, das die USA im Zweiten Weltkrieg benutzten. Quelle: ArnoldReinhold, CC BY-SA 4.0

„In Geld gegossenes Scheitern“ Das Paradebeispiel Funkgeräte zeigt, wie die Bundeswehr Geld verheizt

von Jürgen Wagner

Mit militärischer Verlässlichkeit läuft ein Bundeswehr-Großprojekt nach dem anderen aus dem Ruder. Jüngstes Beispiel dafür sind – erneut – die Funkgeräte der Truppe, die das Herzstück der Digitalisierung Landbasierter Operationen (D-LBO) darstellen. Wann die Geräte bei der Bundeswehr eingeführt werden können, steht aktuell in den Sternen, was bei der kürzlich abgehaltenen NATO-Übung Cold Response als eines der zentralen Defizite identifiziert wurde: „Schon beim Lagevortrag im sicheren Bunker wird mehrmals erwähnt, dass es erhebliche Probleme bei den Führungssystemen der Bundeswehr gibt. Während die Norweger oder die US-Truppen über verschlüsselten Digitalfunk verfügen und so geheime Karten und Lageanalysen zu den Einheiten im Feld senden können, ist der Kryptofunk der Bundeswehr sehr eingeschränkt, die Einführung des neuen Systems D-LBO verzögert sich massiv.“ ([Spiegel Online](#), 16.3.2026)

Die Pannen sind auch einem Beschaffungsprozess geschuldet, der so auf Tempo setzt, dass notwendige Kontrollen unter der irreführenden Floskel eines „Bürokratieabbaus“ abgebaut wurden. So wurden mit dieser Begründung beispielsweise die Rüstungsberichte der Bundeswehr abgeschafft, mit denen die Öffentlichkeit lange über Verzögerungen und Probleme informiert wurde. Im Falle der D-LBO-Funkgeräte setzte das Verteidigungsministerium nun noch einen drauf und enthielt auch den Abgeordneten des Bundestages einen vernichtenden Bericht zum Stand des Projektes, der nun aber der Presse zugespielt wurde. Mit dem kürzlich in Kraft getretenen „Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr“ (BwPBBG) wurden zudem eine Reihe weiterer Kontrollmechanismen im Namen des Bürokratieabbaus beseitigt.

Beschaffung per Pistorius-Doktrin

Tempo geht vor Kassenlage, so der als „Pistorius-Doktrin“ bekanntgewordene Tagesbefehl des Verteidigungsministers Ende April 2023: „Oberste Priorität ist für uns alle künftig der Faktor Zeit. Wir setzen für die Beschleunigung da an, wo wir uns selbst Regelungen gegeben haben, die uns stärker einschränken oder bremsen, als es die Gesetzeslage vorsieht. Wo wir uns selbst unnötig Fesseln angelegt haben, werden wir diese nun abwerfen. Ziel ist in erster Linie die schnellstmögliche Realisierung des für die Truppe nutzbaren Produktes.“ ([bmvg.de](https://www.bmvg.de), 26.4.2023)

Tatsächlich nahm sich die Bundeswehr diese Vorgabe zu Herzen und beschleunigte unterstützt vom 100 Mrd. Euro Sondervermögen und zusätzlichen Erhöhungen des normalen Verteidigungshaushaltes ihr Beschaffungstempo enorm: Waren dafür 2021 noch rund 7,65 Mrd. Euro vorgesehen, belief sich dieser Posten 2025 bereits auf 22,6 Mrd. Euro. Genauso verhält es sich mit den sogenannten 25-Mio.-Euro-Vorlagen, also mit Beschaffungsprojekten, die aufgrund einer Überschreitung dieses Volumens dem Haushalts- und Verteidigungsausschuss zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Wurden im Jahr 2021 „nur“ 46 Vorlagen mit einem Gesamtvolumen 23,3 Mrd. Euro, waren es dann 2025 schon 103 Vorlagen mit einem Wert von 82,98 Mrd. Euro, die [durchgewunken wurden](#). „Nach Angaben des BMVg überstiegen die Maßnahmen der letzten drei Jahre mit 255 Vorlagen und einem Volumen von 188,4 Milliarden Euro die Beschaffungsvorhaben und Investitionen der vorherigen acht Jahre (2015-2022: 215 Vorlagen, Gesamtvolumen: rund 109 Milliarden Euro).“ ([hartpunkt.de](https://www.hartpunkt.de), 17.12.2025)

Und selbst diese Zahlen verblassen gegenüber den bis 2029 anvisierten Steigerungen: „Aufgrund der angesprochenen Zielvorgaben, der mittelfristigen Finanzplanung sowie der Analyse der gesamten (!) lieferantenseitigen Ausgaben im Verteidigungshaushalt ergibt sich konkret, dass das Beschaffungsvolumen der Bundeswehr gegenüber dem Vor-Ukraine-Kriegs-Jahr 2021 bis 2029 um über 580% wachsen wird.“ (Michael Eßig, Professor an der Bundeswehr-Universität in München, [Ausschussdrucksache 21\(9\)121](#), 7.11.2025)

Funkgeräte: Herzstücke der Digitalisierung

Sowohl in der NATO wie auch in der Bundeswehr gilt die Fähigkeit zur Führung von Multi-Domain-Operations (MDOs) und damit zu gleichzeitigen Angriffen an Land, zur See, in der Luft sowie im Cyber- und Weltraum als zentrales Element, um aus künftigen Auseinandersetzungen mit anderen Großmächten siegreich hervorgehen zu können. Die Digitalisierung der Landstreitkräfte ist hierfür allerdings eine notwendige Bedingung: „Eine der Antworten auf diese Herausforderungen heißt Digitalisierung Landbasierte Operationen, kurz D-LBO. Das Gefechtsfeld des 21. Jahrhunderts erfordert vernetzte Kommunikation, präzise Daten und schnelle Entscheidungen. Genau hier setzt das Rüstungsprogramm D-LBO an. [...] Bei Multi-Domain Operations (MDO) werden Truppenteile über alle Teilstreitkräfte hinweg koordiniert und eingesetzt. Die Fähigkeiten, über Dimensionsgrenzen hinweg führen zu können und am besten in Echtzeit Entscheidungen treffen zu können, sind für die Bundeswehr essentiell.“ ([bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de), 15.12.2025)

Hierfür ist die Ausstattung mit modernen Funkgeräten von zentraler Bedeutung, die in tausende Fahrzeuge eingebaut werden müssen. Die Gelder für die Bestellung internettauglicher und abhörsicherer Funkgeräte wurden vom Haushaltsausschuss am 14. Dezember 2022 [bewilligt](#). Freigegeben wurden 1,35 Milliarden Euro für etwa 20.000 Funkgeräte. Ferner wurde mit dem Hersteller, dem Münchner Unternehmen Rohde & Schwarz, eine Option für den Kauf weiterer 14.000 Funkgeräte zum Preis von 1,52 Milliarden Euro vereinbart (für die Betriebskosten in den kommenden 20 Jahren wurden außerdem 2,2 Milliarden Euro veranschlagt).

Allerdings schien sich niemand Gedanken gemacht zu haben, dass die Funkgeräte nicht nur bestellt, sondern auch eingebaut werden mussten, weshalb sie erst einmal gelagert wurden.

Dieser Lapsus war auch ein Ergebnis der Pistorius-Doktrin, die mehr auf Tempo als auf Sorgfalt Wert legt, wie schon seinerzeit der Presse entnommen werden konnte: „Größeres Tempo kann aber auch ein höheres Fehlerrisiko bedeuten und die Rechtssicherheit der Verfahren einschränken. Bei der Auftragsvergabe für die neuen Digitalfunkgeräte ist offenbar der technische Aufwand, die Geräte in Hunderte verschiedene Fahrzeugtypen zu integrieren, nicht ausreichend bedacht worden. Die Folge: Der Zeitplan für die Einführung wird sich wohl um mindestens ein Jahr verzögern.“ (Handelsblatt, 4.10.2023)

Schon damals stach die recht eigenwillige Kommunikationsstrategie des Verteidigungsministers ins Auge, der zuerst die Probleme leugnete („falscher als falsch“) und dann angeblich nicht darüber unterrichtet worden sein wollte, obwohl ihm die notwendigen Informationen hätten [vorliegen müssen](#). Jedenfalls verzögerte sich der Einbau allein hierdurch bereits erheblich, doch das war erst der Anfang der Probleme.

Nicht truppentauglich: Praxistest abgebrochen

Im September sickerte dann die – erneut monatelang zurückgehaltene – Information durch, ein Praxistest der Funkgeräte habe mit dem vernichtenden Urteil „nicht truppentauglich“ geendet: „Selbst die Sprechfunkverbindung sei teilweise nicht stabil gewesen. Die Hardware der Hightechgeräte funktioniere zwar, heißt es. Die Software zur Einrichtung eines Funkkreises aber sei so komplex, dass sie vielleicht von Fachleuten unter Laborbedingungen bedient werden könne, nicht aber von Soldaten, die in einem Kampfpanzer säßen.“ ([Spiegel Online](https://www.spiegel.de), 27.9.2025)

Kritisch geht der Beitrag auch auf die Aussagen des Ministeriums ein, Boris Pistorius habe erneut erst kürzlich von der neuerlichen Misere erfahren. Schließlich sei sein Staatssekretär Benedikt Zimmer immerhin bereits am 10. Juni über den gescheiterten Test informiert worden. Immer wieder sei es von Parlamentariern zu kritischen Nachfragen gekommen, doch noch am 10. September 2025 habe Pistorius auf Nachfrage geantwortet, nach seinem Stand liege man „im Zeitplan“.

Schon der damals recht hemdsärmelige Umgang des Ministers mit der Misere stieß auf teils scharfe Kritik in der Presse: „Die Pistorius-Leute verschleiern die Lage. Das Projekt läuft nicht planmäßig, Verzögerungen sind bereits eingetreten, die ohnehin katastrophal geringe Einsatzbereitschaft der Landstreitkräfte wird weiter eingeschränkt.“

Die vom Minister angeblich im September angewiesenen Maßnahmen wurden bereits im Mai entwickelt. [...] Damit, so sagt es ein Beamter, werde die Zeitenwende mit ihren unbegrenzten Finanzmitteln für die Aufrüstung der Bundeswehr auch ein klares Ergebnis produzieren: ‚In Geld gegossenes Scheitern‘.“ ([welt](#), 29.10.2025)

„Gefahr für Leib und Leben“

Nun wurde bekannt, dass wohl auch ein zweiter Testlauf Ende 2025 spektakulär gescheitert ist, wie aus einem vertraulich eingestuften Bericht hervorgeht, der an die Presse durchgestochen wurde: ‚Dem als ‚VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH‘ eingestuften Papier zufolge waren die Mängel der im November getesteten Version so gravierend, dass bereits im regulären Übungs- und Ausbildungsbetrieb mit umgerüsteten Kampfpanzern ‚Gefahr für Leib und Leben‘ bestanden habe. ‚In seinem derzeitigen Zustand ist das Gesamtsystem D-LBO basic weder reif für eine Einsatzprüfung noch für den Ausbildungs- und Übungsbetrieb geeignet. Ob die Einsatzreife bis September 2026 erreicht werden kann, ist derzeit nicht absehbar‘, heißt es in dem Bericht von Anfang Januar.“ ([welt.de](#), 20.3.2026)

Und wieder ist die Informationspolitik des Ministeriums mehr als fragwürdig: ‚Seit Wochen fordern Bundestagsabgeordnete vergeblich Einsicht in den Testbericht der Bundeswehr. Im Verteidigungsausschuss hieß es zuletzt, das Dokument sei zu technisch und kaum verständlich. Nun liegt der Bericht WELT AM SONNTAG vollständig vor – und ist sehr wohl verständlich. Die technische Bewertung fällt ‚ungenügend‘ aus, das System gilt als zu instabil. ‚Eine Benutzung des Gesamtsystems durch die Truppe kann im aktuellen Entwicklungsstand nicht empfohlen werden‘.“ ([welt.de](#), 20.3.2026) Die wenigen Parlamentarier, die überhaupt ein Interesse an einer seriösen Prüfung der Bundeswehrprojekte haben, werden durch derlei Dreistigkeit aus dem Ministerium massiv in ihrer Arbeit behindert.

Am 6. April 2026 berichtete die [Welt](#) dann, bislang seien 1,749 Mrd. Euro in die Funkgeräte plus 299 Mio. Euro für flankierende Maßnahmen geflossen – wann und sogar ob überhaupt dabei etwas herauskommt, scheint völlig unklar: ‚Ursprünglich war geplant, bis Ende 2027 eine Heeresdivision vollständig zu digitalisieren. Inzwischen gilt dieser Zeitplan mehr als unsicher. In der Truppe wird bereits damit gerechnet, dass sich die flächendeckende Einführung bis weit ins nächste Jahrzehnt hinziehen könnte, manche Waffensysteme und Fahrzeuge sind noch gar nicht in die aktuellen Umrüstpläne einbezogen.“

Gesetz gewordene Pistorius-Doktrin

Wie am Rande des Digitalfunk-Desasters zu erfahren war, verfügt die Bundeswehr selbst ganz augenscheinlich über keinerlei Controlling. So lautet jedenfalls die im Dezember 2025 geäußerte Kritik der Bundesvorsitzenden des Verbands der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB), die darin eine wesentliche Ursache sieht, weshalb (nicht nur) die Beschaffung der Funkgeräte so pannenbehaftet ist: ‚Ohne ein durchgängiges, belastbares Controlling fehlte das Frühwarnsystem, das zwingend notwendig gewesen wäre. Mit einem funktionierenden Rüstungscontrolling hätte der Minister früher gewusst,

dass wesentliche Meilensteine gefährdet sind – und hätte deutlich früher handeln können. D-LBO ist damit sinnbildlich für die strukturellen Herausforderungen: Wir brauchen nicht nur mehr Geld, sondern bessere Steuerung.“ (zitiert in griephan-Briefe, 51-52/2025)

Dass mehr und mehr Projekte per Direktvergabe ohne Ausschreibung vergeben werden, macht es auch nicht besser. Auch die D-LBO-Funkgeräte wurden mit diesem Verfahren Rohde & Schwarz zugeschustert. Dagegen hatte der französische Konkurrent Thales geklagt, wurde aber vom Oberlandesgericht Düsseldorf [abgewiesen](#).

Mit dem am 14. Februar 2026 in Kraft getretenen ‚Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr‘ (BwPBBG) soll sich der ohnehin schon länger beobachtbaren [Trend zur Direktvergabe](#) ohne Ausschreibung im Namen des Bürokratieabbaus noch einmal erheblich beschleunigen: ‚Diese Form des ‚Bürokratieabbaus‘ ist aber nicht auf das Schaffen vorteilhafter äußerer Bedingungen für Rüstung und Militär beschränkt, sondern umfasst auch die Aufweichung gesetzlicher Bestimmungen, die bisher dazu da waren, Korruption und Verschwendung zu limitieren. Der Staat setzt sich mit seinen ‚Reformen‘ in der Beschaffung z.B. selektiv über die von ihm selbst aufgestellten Regeln für einen ‚fairen Wettbewerb‘ hinweg und schafft sich die Voraussetzungen für die freie Vergabe von Aufträgen an bevorzugte Unternehmen.“ (Andreas Seifert, [IMI-Studie 2026/01](#))

Im Ergebnis soll ein schon heute heillos überforderter Beschaffungsapparat also bei gleichzeitigem Abbau etlicher Kontrollmöglichkeiten mit den künftig immer weiter steigenden Mitteln für Rüstungsbeschaffung umgehen – was kann da schon schiefgehen?

Bei diesem Artikel handelt es sich um eine leicht aktualisierte und erweiterte Version, die zuerst bei [Telepolis](#) erschien.

ANTI MILITARISMUS BLEIBT NOTWENDIG



**Wir haben was gegen Aufrüstung & Sozialabbau. Du auch?
Tiefgehende Recherchen, knackige FactSheets, Kontexte &
Standpunkte - schon immer ohne Paywall und kostenlos
zum Download auf imi-online.de und auf Social Media.
Findest Du gut? Werde jetzt Mitglied!
Antimilitarismus braucht Analysen! IMI braucht Euch!**

Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.

